53. Jahrgang. № 86. Sonnabend, 27. März 1909

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

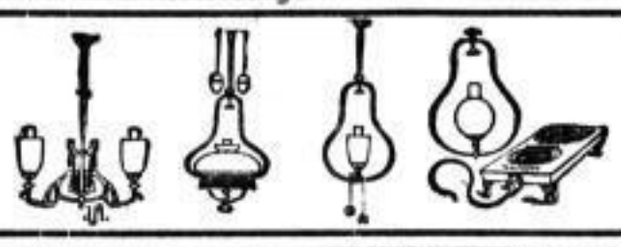
Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Pressseite Zeile 30 Pf., an geeigneter Stelle a. Textseite 40 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Kretzschmar, Bösenberg & Co. Kronleuchterfabrik * Serrestrasse 5/7.



Komplette Ausstattung einer Wohnung mit Beleuchtungs-Körpern für Gasglühlicht Mk. 80,—.

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.** **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Die Gesamteinnahme der Sächsischen Staatseisenbahnen in den Monaten Januar bis mit November 1908 beträgt 136 952 106 Mark, d. i. 1 909 627 Mark weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Marcella Sembrich erhielt vom König die goldene Medaille virtuti et ingenio am Bande des Albrechtsordens.

Der Reichstag erledigte gestern u. a. das Automobilgesetz in zweiter Lesung.

Bei der Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg." über die Reichsfinanzreform handelt es sich um eine Kundgebung der Gesamtheit der verbündeten Regierungen.

Die „Nat.-Ztg." bringt einen detaillierten Vorschlag einer neuen Erbschaftssteuer, der ihr von der nationalliberalen Reichstagsfraktion zugegangen ist.

Die in verschiedenen Blättern aufgetauchte Meldung, daß Staatssekretär Dernburg erkrankt sei und einen längeren Urlaub angetreten habe, ist falsch.

Ein internationaler Neuphilologentag findet vom 14. bis 17. April in Paris in der Sorbonne statt.

Aus Rumänien wird der Ausbruch von Bauern-Unruhen gemeldet.

Friedensaussichten.

Sozusagen über Nacht ist eine Besserung der internationalen Lage eingetreten, die eine friedliche Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes erhoffen läßt, wenngleich alle Gefahren noch immer nicht als völlig beseitigt gelten können. Immerhin schafft schon der neue Hoffnungsschimmer ein wohltuendes Gefühl der Erleichterung. Der Stand der Orient-Krise läßt sich heute dahin präzisieren, daß Rußland zum Nachgeben bereit ist und damit den Weg zu einer gemeinsamen eindrucksvollen Kundgebung aller Großmächte in Belgrad freigemacht hat. Herr von Iswolski hat die europäischen Kabinette wissen lassen, daß Rußland die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn als vollzogene Tatsache ohne weitere Bedingungen anerkenne. Nach dieser bündigen Erklärung, die im Gegensatz zur bisherigen Intrigen- und Verschleppungstaktik ein bedeutsames Entgegenkommen Rußlands darstellt, wird sich ein Einvernehmen zwischen den Mächten unschwer erzielen lassen, zumal sich überall der feste Wille zeigt, es wegen des kleinen Serbiens unter keinen Umständen zu kriegerischen Verwicklungen kommen zu lassen. Die Möglichkeit einer Konferenz ist nunmehr auch gegeben, da Oesterreich-Ungarn voraussichtlich keinen Einspruch weiter dagegen erheben wird, nachdem jetzt durch die Erklärung Rußlands zweifellos festgestellt ist, daß keine einzige Macht gegen die Annexion Bosniens einen Widerspruch geltend machen wird. Wenn auch die neuesten, wesentlich ruhiger klingenden Nachrichten noch keine offizielle Bestätigung erfahren haben, so kann man doch aus ihnen mindestens die eine Hoffnung ableiten, daß die auf Erhaltung des Friedens abzielenden Bemühungen mit verstärktem Eifer fortgesetzt werden und daß die Mittel der Diplomatie noch nicht erschöpft sind. Schon die nächsten Tage werden erkennen lassen, ob der plötzliche Umschwung von Dauer ist oder nicht; vor allem wird man die Stellungnahme Oesterreichs abwarten müssen, das sich vernünftigerweise nicht mit einer bloß vorläufigen Beilegung des Zwistes mit Serbien zufrieden geben, sondern nur einer gründlichen und dauernde Ruhe versprechenden Auseinandersetzung zustimmen will. Es ist eine höhere Dreistigkeit, wenn ausländische Blätter besonders in Paris, London und Petersburg nach Bekanntgabe der russischen Erklärung nun einfach verlangen, daß Oesterreich-Ungarn und mit ihm sein deutscher Verbündeter „Order parieren" und sich den ferneren Entschlüssen der übrigen Mächte bedingungslos fügen müßten. Davon kann keine Rede sein, denn in der serbischen Frage lassen sich in Wien keine anderen diplomatischen Schritte tun, als sie von Oesterreich-Ungarn als der nächstbeteiligten Macht selbst gewünscht und gutgeheißen werden. Ueber den Kopf Oesterreichs hinweg dürfen die Mächte auch nach dem erfreulichen Entgegenkommen Rußlands nicht disponieren, sonst könnte leicht ein Rückschlag eintreten, der mit einem Zerwürfnis zwischen den europäischen Kabinetten enden würde.

Je mehr die Mächte bei ihrer neuen Aktion dem berechtigten Standpunkt und Selbstgefühl der habsburgischen Großmacht Rechnung tragen, um so sicherer ist zu erwarten, daß sich auch Oesterreich-Ungarn entgegenkommend zeigt und den Serben keine allzu demütigenden Bedingungen auferlegt, sondern ihnen den Rückzug erleichtert. Nachdem Rußland scheinbar wieder dem Konzert der Großmächte loyal beigetreten ist, werden die Serben doch wohl einsehen, daß sie va banque spielen. Schon mehren sich in Belgrad die Stimmen, die zum Einlenken raten. Die blutige Affäre des serbischen Kronprinzen und damit verbundene innerpolitische Krise begünstigen die friedliche Stimmung schon insofern, als sich das allgemeine Interesse der serbischen Bevölkerung dem Tagesereignis zu- und von der auswärtigen Lage abwendet. Sollte, wie zu erwarten steht, der Kronprinz Georg auf unbestimmte Zeit ins Ausland verbannt werden, so wäre damit eine weitere Friedenschance gegeben, denn mit seiner Entfernung verlöre die Kriegspartei den Hauptheter. Die gewaltigen Steuerlasten, die Serbien infolge der militärischen Rüstungen jetzt zu tragen hat, haben auch das Ihre dazu beigetragen, das frühere Kriegsfieber etwas abzudämpfen. Mit Unterstützung der serbischen Regierung durchziehen Wanderredner das Land, um abzuwiegeln, indem sie auf die wenig verläßliche Haltung Rußlands wie in früheren Zeiten, so auch jetzt wieder hinweisen. So ist alles einer nochmaligen solidarischen Einwirkung der Großmächte in Belgrad günstig, und man darf annehmen, daß sich die serbische Regierung entschließen wird, ihren Verzicht auf territoriale Kompensationen in bindender, feierlicher Form ein für allemal auszusprechen und gleichzeitig damit die Abrüstung zu beginnen. Das sind jedenfalls die beiden unerläßlichen Voraussetzungen dafür, daß der serbisch-österreichische Konflikt dauernd aus der Welt geschafft wird. Für weniger wichtig halten wir dagegen die Frage, ob die serbische Verzichterklärung direkt in Wien oder in die Hand der Großmächte abgegeben wird. Wie die Dinge nun einmal liegen, wird es die serbische Eitelkeit nach allem, was vorangegangen, wohl kaum über sich gewinnen, den Entsagungsschritt in Wien selbst zu tun, sondern wird wahrscheinlich darauf beharren, lediglich mit den Mächten zu verhandeln. Hieraus eine Kardinalfrage zu machen, wie hier und da in Oesterreich-Ungarn gewünscht wird, scheint uns nicht sehr angebracht, denn hieran könnte unter Umständen alles wieder scheitern, was zugunsten des Friedens in Belgrad unternommen wird. Die Hauptsache ist und bleibt doch, daß Serbien überhaupt Vernunft annimmt und ein für allemal auf seine großserbischen Aspirationen verzichtet. Wo es seine offiziellen Erklärungen abgibt, ist demgegenüber nebensächlich, unter der Voraussetzung natürlich, daß Wien dabei nicht ostentativ umgangen, sondern ebenso wie alle anderen Mächte von der serbischen Note geziemend in Kenntnis gesetzt wird.

Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben in den letzten Monaten ihre unerschütterliche Friedensliebe so deutlich gezeigt, daß kein Mensch mehr daran zweifeln kann. Um so mehr hat Oesterreich-Ungarn ein moralisches Anrecht darauf, in der serbischen Frage seinen wohlerwogenen Forderungen von den anderen Mächten Rechnung getragen zu sehen. Rußlands letzte Schwenkung ist — offen heraus gesagt — weniger ein Akt seiner Friedensliebe, als vielmehr seiner enormen Friedensbedürftigkeit um jeden Preis, seiner finanziellen und militärischen Ohnmacht, einen Krieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Wenn es so gekonnt hätte, wie es wollte, hätten wir heute schon einen frisch-fröhlichen Feldzug! Es liegt die Befürchtung nahe, daß die russische Politik nur eine Zeit größerer Kräftigung abwartet, um mit Oesterreich-Ungarn abzurechnen, nachdem der serbische Versuch fehlgeschlagen ist. Deshalb wäre es auch unverantwortlich, wenn Oesterreich-Ungarn und Deutschland nicht jetzt auf die endgültige Erledigung des österreichisch-serbischen Konfliktes dringen würden, wo die militärischen Chancen einem geschwächten Rußland gegenüber weitaus günstiger sind, wie später, nachdem Rußland Gelegenheit gefunden haben wird, sich finanziell und militärisch gründlich zu reorganisieren. Es muß also ganze Arbeit gemacht werden; kommt nur Stück- und Flickwerk zustande, so bleibt die jetzige Kriegswolke in Permanenz über Europa hängen, womit weder den guten internationalen Beziehungen, noch der gesunden Entwicklung von Handel und Wandel gedient wäre. Rußland hat den ersten Schritt zur Besserung der Lage getan, indem es sich nach dem Vorgange aller anderen Mächte zur bedingungslosen Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowine verstanden hat; will es den Vorwurf entkräften, in der österreichisch-serbischen Krise der eigentliche Friedensstörer zu sein, so wird es auch den zweiten Schritt tun und in Belgrad dazu raten müssen, eine gründsätzliche Einigung mit Oesterreich-Ungarn nicht durch unangebrachte Empfindlichkeit und Eitelkeit zu verzögern und zu erschweren, denn jeder neue Aufschub einer definitiven Regelung kann neue Komplikationen und damit neue Kriegsgefahren schaffen. Wie gespannt noch immer die Lage ist, geht aus der heftigen Sprache hervor, die das französische Regierungsblatt, der „Temps", gegen Oesterreich führt, um dieses und auch Deutschland einzuschüchtern, indem er im Falle eines europäischen Krieges mit dem Abfall Italiens vom Dreibunde droht. Die Franzosen mögen sich beruhigen; ob mit oder ohne Italien: der kompakte militärische Block, den die deutsche und die österreichisch-ungarische Wehrmacht in Mitteleuropa repräsentiert, ist stark genug, um einen Zweifrontenkrieg siegreich zu bestehen, zumal Rußlands Heer sich augenblicklich in einer trübseligen Verfassung befindet. Wären beide Mächte nicht bis zur — Selbstverleugnung friedliebend, so könnten sie sich keinen besseren Moment als den jetzigen zum allgemeinen Losschlagen wählen. In dieser ihrer militärischen Stärke liegt auch heute die beste Gewähr dafür, daß uns der europäische Friede erhalten bleiben wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 26. März.

Zur Orientkrisis.

Dementi der „Nordd. Allgem. Ztg."

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." erklärt offiziös: Nach telegraphischen Meldungen aus Paris behauptet der „Temps" 1.: der Kaiser habe in einem Briefe an den Kaiser von Rußland darauf bestanden, Rußland dürfe über seine Absicht, die Annexion von Bosnien und der Herzegowina anzuerkennen, keinen Zweifel lassen, 2.: der Kaiser habe in einem anderen Briefe dem Erzherzog Franz Ferdinand seine Unterstützung ohne Vorbehalt zugesagt. Beide Behauptungen sind falsch. Die beiden angeblichen Briefe Kaiser Wilhelms sind nicht geschrieben worden.

Die bosnisch-herzegowinische Frage.

Petersburg. (Priv.-Tel.) In betreff der Mitteilungen ausländischer Zeitungen über die neueste Phase der bosnisch-herzegowinischen Frage erfährt die „Petersb. Telegr.-Ag." von kompetenter Stelle folgendes: Im Zusammenhange mit den in Wien vorgehenden Unterhandlungen über die Formel der serbischen Erklärung war der Gedanke aufgetaucht, das Wiener Kabinett könnte an die Mächte eine Note richten, in der es auf die Mitteilungen des österreichisch-ungarisch-türkischen Protokolls hinweisen und um die formelle Zustimmung der Mächte zur Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrages ersuchen würde — diese Zustimmung könnten die Mächte in der Form von Antwortnoten ausdrücken —, um seinerseits alles zu tun, was von ihm abhängt, um die äußerste Spannung der Lage, die zu einem bewaffneten Konflikte Oesterreich-Ungarns mit Serbien und Montenegro zu führen droht, abzuschwächen und den Mächten ein Uebereinkommen mit dem Wiener Kabinett über die Formel der serbischen Erklärung zu erleichtern. Dazu erklärte das Petersburger Kabinett, es sei seinerseits mit dem Verfahren einverstanden.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhause.

Wien. (Priv.-Tel.) Der im Abgeordnetenhaus eingebrachte, bereits erwähnte sozialdemokratische Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, ihren verfassungsmäßigen Einfluß auf die gemeinsame Regierung voll auszuüben, um sie zu veranlassen, ihre Bemühungen um Erhaltung des Friedens energisch und ausdauernd fortzusetzen, dürfte einstimmig angenommen werden. Bienerth hat sich mit Aehrenthal ins Einvernehmen gesetzt und wird eine Erklärung folgenden Inhalts abgeben: Da die Regierung ohnehin alles getan hat und tut, um, soweit es die Ehre der Monarchie gestattet, den Frieden zu erhalten, hat sie gegen die Annahme des Antrages nichts einzuwenden.

Zum Thronfolgeverzicht des Prinzen Georg.

Belgrad. In der Skupschtina fragte der Jungradikale Markowitsch an, ob die Meldungen der Presse über ein Verschulden des Kronprinzen am Tode des Kolakowitsch den Tatsachen entsprächen. Der Ministerpräsident verwies auf die im Amtsblatte veröffentlichte Darstellung. Auf eine weitere Anfrage von Markowitsch, ob die Nachrichten über die Verzichtleistung des Kronprinzen auf die Thronfolge richtig seien, erwiderte der Ministerpräsident Novakowitsch, der Kronprinz habe in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten seinen Verzicht auf die Thronfolgerechte ausgesprochen. Der Ministerrat habe sich selbst für inkompetent erklärt, da der König allein kompetent sei, weshalb das Schreiben an den König weiter geleitet worden sei. Der Interpellant erklärte sich durch beide Antworten befriedigt.

Belgrad. „Dnevni List" und „Trovinski Glasnik" billigen in ihren Morgenausgaben die Verzichtleistung des Kronprinzen, da dessen ganzer Charakter ihn zum Träger der Krone untauglich mache.

SLUB
Wir führen Wissen.